

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Riesner
Verlag Nr. 22
Großhain Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Weisßen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Riesa
Verlag Nr. 22

Nr 260.

Donnerstag, 7. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends $\frac{1}{8}$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 2 mm hohe Grundstiftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kettstiftzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitaußen- und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife, Bewilligte Korrekturen sind aufzugeben, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langes & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

England und Rußland.

Wenn die englischen Konservativen den sozialistischen Premierminister zu seinem Amerika-Erfolg mit einer Herzlichkeit beglückwünschen, die in den Beziehungen zwischen Opposition und Regierung eben nur in England möglich ist, und wenn sie auch die neue Indien-Politik akzeptieren, wenn sie aber auf der anderen Seite die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland mißbilligen, so möchte man hier einen inneren Widerspruch in der außenpolitischen Gesamtpolitik der Konservativen feststellen. Dieser Widerspruch ist aber nur ein Scheinbarer, und er findet seine Aufklärung, wenn man den Argumenten nachgeht, aus denen heraus Baldwin die Rußland-Politik besonders ablehnt. Diese Gründe liegen nämlich ausschließlich auf innerpolitischem Gebiet. Man hat eine etwas übertriebene Angst vor den Wirkungen der kommunistischen Propaganda. Baldwin hat ja selbst erklärt, daß er der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht widerstand leisten würde, wenn die Russen erst einmal in einer Ratenschrift den Beweis geliefert hätten, daß sie ihr Verhalten für propagandistische Entschlossenheit wahrnahmen wollten. Daß das Ziel dauernder Sicherung der weltwirtschaftlichen Austauschwege durch Garantien für den Weltfrieden und durch allgemeine Abrüstung nicht erreichbar ist, solange Rußland als ein außerhalb Europa stehender Staat eine Sonderbehandlung erfährt, solange eine solche Sonderbehandlung naturgemäß auch das moralische Recht zu einer Sonderpolitik gibt, die sich den gegenseitigen verbindlichen Hemmungen der anderen Staaten nicht zu unterwerfen braucht, daß ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß sie auch von Baldwin und Außen Chamberlain nicht bestritten werden kann. Und wenn etwa die Liberalen als parteipolitischen Gründen ihre Stellungnahme von den Entschlossenheiten der Konservativen abhängig gemacht hätten, so hätte man sich dort vielleicht die Sache doch noch einmal gründlicher überlegt. Aber schließlich kann man doch nicht in allen Fragen so tun, als ob man nichts Besseres wisse und vorschlagen könne als der parlamentarische Gegenseiter. Das wäre selbst von einem so gewissen Parlamentarismus, wie dem englischen, ein wenig viel verlangt.

Die Entscheidung war ja von vornherein sicher, die Billigung der Henderson-Politik, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland stand nicht in Frage. Mit einer großen Mehrheit von 324 Stimmen, unter denen sich auch einige Konservativen befanden, gegenüber 199 Stimmen der Opposition hat das Unterhaus sich hinter Henderson gestellt. In der Debatte über die Rußland-Politik sind von links und rechts her vor allem handelspolitische Momente untersucht worden. Darin wird man vielleicht Chamberlain recht geben können, daß England an die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht allzu große Hoffnungen für die Belebung des Rußland-Geschäftes in aller nächster Zeit knüpfen darf. Die Weile, auf denen Rußland importiert und exportiert, sind inwiefern doch schon ziemlich eingeschränkt und zwar zum Teil ganz unabhängig von politischen Freundschaften oder Spannungen. Die entscheidende und auf lange Sicht für England viel wichtigere Frage ist, ob die Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen in der Sowjet-Republik die Stimmung einer allgemeinen Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Staaten geneigter machen kann, das heißt, ob ein diplomatisch von keinem großen Völkerbundstaat mehr geträutertes Rußland sich allmählich mit dem Gedanken vertraut machen wird, daß es den Weg nach Ost finden muß, und zwar zu anderen Zwecken als denjenigen, zu denen der russische Vertreter zu den vorbereitenden Abrüstungsbesprechungen entsandt wurde, nämlich zu zweifelslosen Demonstrationen und zu propagandistischen Kundgebungen. Für die englische Weltpolitik ist es eine Lebensfrage, ob Rußland in absehbarer Zeit mit dem Verzicht auf weltrevolutionäre Ziele den Weg zu wirtschaftlicher Abrüstungsberedtheit und Friedenspolitik findet. Sonst würde die englische Außenpolitik, die in Indien der letzten Etappe der Verwirklichung entgegengeht, einem absoluten stagnierten weltpolitischen Verzicht gleichkommen. Wenn man bedenkt, daß das Expansionsstreben in der Natur des Bolschewismus liegt, so kann man die Skepsis der englischen Konservativen verstehen. Aber mit Skepsis kommt man aus zwingenden Notwendigkeiten nicht heraus und über Schwierigkeiten nicht hinweg. Ihnen gegenüber hat nur die optimistische Tat Hoffnung auf Erfolg.

Gedenkreide des Ministers Dietrich für Prinz Max von Baden.

W Berlin. Reichs Ernährungsminister Dietrich hielt gestern abend in Unterhaustrundfunk eine Gedenkreide für den verstorbenen letzten kaiserlichen Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Nach einem kurzen Rückblick auf den Werdegang des Prinzen erinnerte er an die Lage der Kanzlerschaft des Verstorbenen, die angefüllt gewesen sei mit dem Kampfe gegen den Zusammenbruch der Front, mit dem Kampfe um die Erhaltung der Monarchie und mit dem Kampfe um einen tragbaren Frieden. Minister Dietrich zitierte Stellen aus einem Schreiben des Prinzen an den Großherzog von Baden vom 15. Oktober 1918, indem er die Hoffnung äußerte, daß er mit Hilfe der Sozialdemokratie imstande sein

Nachspiel zur gestrigen Sitzung des sächsischen Landtags.

Die Regierungsparteien fordern den Rücktritt Bedels.

id. Dresden. Die Regierungsparteien haben den Landtagspräsidenten am Mittwoch abends nach der mündlichen Plenarsitzung ersucht, ununterzüglich den Rücktritt einzuberufen, um zu dem unerwünschten Verhalten des Landtagspräsidenten Bedel Stellung zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß die Regierungsparteien den Rücktritt Bedels dringend fordern werden, da er das in ihn gesetzte Vertrauen gütlich enttäuscht hat. Wann die Sitzung des Rücktrittes stattfinden wird, ist zur Zeit noch ungewiß, da der Präsident Bedel baldigst nach seinem sonderbaren Schritt der Vollziehung des Landtagsgebäude verlassen hat und trotz aller Bemühungen nirgendwo aufgefunden werden ist.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei schreibt hierzu:

Der Landtagspräsident Bedel hat gegen die bürgerlichen Parteien des Landtags dieser Tage wiederholt den gänzlich ungerechtfertigten Vorwurf erhoben, sie erschwert durch ihre Durchführung der Geschäftsordnung die ordnungsmäßige Arbeit des Landtags. Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Sobotage am Parlament haben lediglich die Sozialdemokraten und Kommunisten getrieben, die mit allen Mitteln der Obstruktion, durch Pulverdeklarationen und unwürdigen Lärm, verlust haben, die von der Regierung beantragte Aufhebung des Revolutionsfeiertages zu hintertreiben und dies mit willkürlichen Ausdeutungen der Geschäftsordnung zu bewerkstelligen.

Gier hat der Landtagspräsident seinen sozialistischen Parteifreunden immer wieder Rückstellungen geliefert. Dem hat Herr Bedel heute dadurch die Krone aufgesetzt, daß er von seinen Nachmitteln als Präsident des Landtags gegen den von ihm aus der Sitzung ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Opitz keinen Gebrauch machte und die Sitzung einfach ausließ. Der Landtagspräsident hat damit den Terror der Mehrheit gegen die Landtagsmehrheit sanktioniert und sich daran mitschuldig gemacht. Dem Ansehen des Landtags, das zu wahren die verfassungsmäßige Aufgabe des Präsidenten ist, ist durch die Schandtat des Präsidenten schwerer Abbruch getan worden. Weiter ist dadurch die Arbeit des Landtags wiederum für einige Zeit lahmgelegt worden, so daß die rechtzeitige Verabschiedung der Regierungsvorlage über die Aufhebung des Feiertagscharakters des 9. November jetzt unmöglich geworden ist und die dem Landtag vorliegenden Anträge u. a. ausfallen der Arbeitssachen — nicht behandelt werden können.

Wir stellen dies vor dem Lande fest und erklären, daß wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen diese Vergewaltigung der Landtagsmehrheit und gegen die Lahmung der Arbeiten der gesetzgebenden sächsischen Körperschaft zur Wehr setzen werden. Das sächsische Bürgerium aller Parteien wird sich angesichts der bevorstehenden Gemeindegewalten mit uns und des großen Ganges der Lage bewußt sein und am 17. November einhellig und geschlossen mit dem bürgerlichen Stimmzettel dieser neuen Drohung des roten Terrors entgegenzutreten.

Neben der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich auch die Landtagsfraktion der Demokraten mit dem Verhalten des Landtagspräsidenten Bedel in den letzten Landtags-Sitzungen. Die Fraktion kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Geschäftsordnung des Landtags dem Präsidenten durch die Möglichkeit gebe, den ordnungsmäßigen Verlauf der Sitzungen zu scheitern. Der Präsident habe jedoch von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und stat dessen die Sitzung heute wieder geschlossen, und damit die Durchführung der sächsischen Arbeiten des Landtags unmöglich gemacht. Präsident Bedel habe dadurch bewiesen, daß er der Führung der Präsidentengeschäfte in besonders schwierigen Fällen nicht gewachsen sei.

Stille Entwürdigung des Parlamentarismus.

Haus und Tribünen sind wieder voll besetzt. Einzelne Kommunisten probieren, als sie ihre Plätze einnehmen, sofort die Pulverdeckel auf ihre eventuelle Verwendbarkeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Hoppe (D.Vp.) eine Behauptung des Abg. Ferrel (Soz.) in der Sitzung vom 1. November über seine (Hoppes) Tätigkeit als Widerberichterstatter im Untersuchungsausschuss für böhlen richtig.

werde, den Kaiser zu retten. Deutschland sei gezwungen, die harten Bedingungen Wilsons anzunehmen, wenn es nicht die letzte Blüte deutscher Mannheit auf dem Schlachtfeld nutzlos verstreuen lassen wolle. Der Prinz habe sich bis zum letzten Augenblick um die Erhaltung der Monarchie bemüht und gehofft, daß ein freiwilliger Entschluß des Kaisers auf Thronentagung das Kaiserium retten könne. Aus allem ergebe sich, daß die maßlosen Vorwürfe gegen den Prinzen, die ihn verantwortlich machen wollen für den Fall des Reiches, den Fall des Kaiseriums und den Ausbruch der Revolution jeder Begründung entbehren. Nur böser Wille könne seine guten Absichten bestreiten. Einem Badener, der ihn aus dynastischen Gründen beschwor, die Kanzlerschaft abzulehnen, und auf die Möglichkeit des Zusammenbruchs hinwies, habe er geantwortet: „Ich kann heute, wo Deutschland und der Kaiser in höchster Gefahr sind und ein schwacher Hoffnungsstimmer bestohet, das ich zu ihrer Rettung

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Dr. Blüher (D.Vp.): Nachdem der Präsident die letzte Sitzung infolge dauernder Störungen vorzeitig geschlossen hatte, hat er die heutige Sitzung mit der gleichen Tagesordnung einberufen. Wir erheben dagegen Widerspruch. Der Redner weist dann auf die bekannten Vorgänge am vergangenen Freitag und Sonnabend hin und tadelt das Verhalten des Präsidenten. (Zurufe von links: Das hat er recht gemacht! Bravo!) Da wir, so führt Redner fort, nach der Geschäftsordnung die Geschäftsordnung des Präsidenten nicht kritisieren dürfen, behalten wir uns einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung vor. Für heute beantragen wir, anstelle der vorliegenden Tagesordnung die Vorlage 13 über die Aufhebung der Revolutionsfeiertage zu beraten. Für den Fall, daß hiergegen Widerspruch erhoben werden sollte, beantragen wir die Vertagung der heutigen Sitzung auf Donnerstag, vor dem 11. Uhr mit der Tagesordnung: Revolutionsfeiertage. (Gelächter links.)

Abg. Dobbert (Soz.) verteidigt die Geschäftsführung des Präsidenten und meint, die Tagesordnung sei von den Regierungsparteien in flagrantier Weise verletzt worden, indem sie eine Durchsicht der Vorlage 13 verlangt hätten. Dem Antrage Blüher widerspreche seine Partei.

Abg. Opitz (Komm.) beklagt sich zunächst darüber, daß die Sozialdemokraten die für heute nachmittags eingelegte Demonstration zurückgezogen hätten. Er bezeichnet weiter den Antrag Blüher als einen Vorstoß der Reaktion gegen das Proletariat, als eine Gannerei und Schurkerei. Er erhält einen Ordnungsruf, dem, da er die Bestimmungen wiederholt, sofort ein zweiter folgt. Der Präsident macht den Redner auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. Unter dem Beifall seiner parteilichen Freunde wiederholt jedoch der Redner seine beleidigenden Kundgebungen noch einmal, wird zum dritten Mal zur Ordnung gerufen und aus dem Hause verwiesen. Es entsteht ein ungeheurer Lärm, die Linke tobt und stürzt in die Hände. Auch ein Teil der Tribünenbesucher beteiligen sich an diesen Kundgebungen. Der Redner denkt aber nicht daran, der Meinung des Präsidenten zu folgen, er spricht ununterbrochen weiter. Darauf verläßt der Präsident seinen Platz und den Saal und langsam gehen auch die Abgeordneten hinaus. Die Tribünenbesucher verharren auf ihren Plätzen. Die Sitzung wird auf längere Zeit unterbrochen.

Nach reichlich halbstündiger Unterbrechung der Sitzung wird diese wieder eröffnet. Abg. Opitz sitzt wieder auf seinem Platze. Der Präsident verliest die einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung und fordert den Abg. Opitz dreimal auf, den Saal sofort zu verlassen. Abg. Opitz antwortet dreimal: Ich denke nicht daran! Bravo-Rufe der Kommunisten. Mehrere Kommunisten verlangen das Wort zur Geschäftsordnung, der Präsident verweigert es ihnen solange bis Abg. Opitz den Saal verlassen habe. Der Präsident droht dem Abg. Opitz nunmehr seine Entfernung mit Gewalt an, ermahnt ihn aber nochmals „im Guten“, selbst zu gehen. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Dann fleht mir nichts anderes übrig, als sie mit Gewalt zu entfernen, erklärt der Präsident und fährt fort: Es dient wirklich nicht zur Wahrung der Würde des Parlamentes, wenn man gemungen wird, die Polizei holen zu lassen. Die Kommunisten begleiten die Worte des Präsidenten mit lautem Schreien. Abg. Opitz ruft: Ich gebe nicht aus dem Hause! Darauf unterbricht der Präsident die Sitzung wiederum auf eine halbe Stunde. Die Kommunisten rufen höflich: Das dauert aber lange bis die Polizei kommt!

Zwanzig Minuten vor 8 Uhr verläßt die Tribüne den Wiederbeginn der Sitzung. Als erster Abgeordneter erhebt sich der Abg. Opitz. Er legt sich auf seinen Platz. Als der Präsident schließlich eingetreten ist, tritt er auf den Abgeordneten Opitz zu und sagt: Der Herr Abg. Opitz ist immer wieder da. (Zurufe auf der Tribüne: Ja und er bleibt.) Der Präsident fordert den Abg. Opitz noch einmal auf, den Saal zu verlassen. Der Abg. Opitz erklärt: Ich denke nicht daran. Es entsteht eine kurze Pause, dann erklärt der Präsident unter dem Hohngelächter des ganzen Hauses: Es bleibt mir nichts anderes übrig, als die Sitzung zu schließen. Nach diesen Worten folgen kräftige Hoch- und Bravo-Rufe auf der Tribüne, in die schließlich eine Anzahl der Tribünenbesucher einstimmt. Das Haus leert sich unter großer Unruhe.

beitragen kann, unmöglich an mich und meine Zukunft denken.“ Die Geschichte werde ihm das Zeugnis ausstellen, daß er mit gutem Willen und mit klarem Blick und aus ehrlichen Beweggründen an die unlösbare Aufgabe herangegangen sei, und daß er bis zum bitteren Ende dabei blieb. Nach dem Zusammenbruch habe sich der Prinz mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Bis in die letzten Jahre habe ihn die Sorge um den Bestand des Reiches, um seine politische Neugestaltung, aber auch die Sorge um das Land Baden gequält. Sein Leben zeige einen Rückschritt aus den schwersten Zeiten deutscher Geschichte. Demjenigen, die ihn kannten, zeige es das Bild eines hochgebildeten, fortschrittlichen und mit den Bewegungen und Strömungen seiner Zeit verwichenen Mannes. Mit dem Ende des schmerzlichen Dramas, dessen Held er war, so schloß Minister Dietrich, beginnt die Geschichte des neuen Deutschlands, das ihm ein gutes Andenken bewahren wird.